

— Die —  
**Volkspartei**

**2027/2028**

**DOPPEL-  
BUDGET**

**Aufschwung, Gerechtigkeit und Reformen**

**dievolkspartei.at**

# Inhaltsverzeichnis

<b>ERZÄHLUNG &amp; EINORDNUNG</b>	<b>3</b>
<b>LETS TALK NUMBERS</b>	<b>5</b>
<b>DAS DOPPELBUDGET IN 30 SEKUNDEN ...</b>	<b>6</b>
<b>SCHWERPUNKTE – Die Handschrift der Volkspartei!</b>	<b>7</b>
<b>WIR SPAREN IM SYSTEM</b>	<b>11</b>
<b>DIE RESSORTBUDGETS IM ÜBERBLICK</b>	<b>13</b>
Bundeskanzleramt	13
Bundesministerium für Europa, Integration und Familie	
Staatssekretariat im Bundeskanzleramt für Koordinierung, Digitalisierung, Kampf gegen Antisemitismus, Öffentlicher Dienst und Verfassung	
Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus	15
Bundesministerium für Landesverteidigung	23
Bundesministerium für Inneres	24
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft	27
<b>KRITISCHE PUNKTE IN DIESEM BUDGET</b>	<b>30</b>

hier kommst du direkt  
zum Doppelbudget



# ERZÄHLUNG & EINORDNUNG:

**Dieses Budget ist kein Krisenbudget, aber ein Budget in einer Krise.**

## **Ausgangslage**

Wir erleben eine Phase großer wirtschaftlicher und geopolitischer Herausforderungen. Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir als Volkspartei Verantwortung für unser Land übernommen. Österreich hatte Jahre der Krisen hinter sich. Ein drittes Rezessionsjahr drohte, die Inflation war hoch, die Energiepreise belastend und die Verunsicherung spürbar.

Wir standen vor der doppelten Aufgabe, einerseits die Staatsfinanzen zu sanieren und andererseits den Wirtschaftsstandort wieder zu beleben, um Arbeitsplätze, nachhaltiges Wachstum und langfristigen Wohlstand für unsere Kinder und Enkelkinder abzusichern.

## **2-1-0-Formel Anfang des Jahres erreicht**

Anfang des Jahres haben wir erste Erfolge gesehen – die 2-1-0-Formel von Bundeskanzler Christian Stocker war erreicht. Die Inflation ist erstmals wieder auf zwei Prozent gesunken. Die Wirtschaft ist entgegen vieler Erwartungen gewachsen. Durch eine konsequente Nulltoleranzpolitik konnten wir mehr Abschiebungen als Asylanträge verzeichnen. Und mit dem ersten Doppelbudget haben wir für fiskalische Stabilität in instabilen Zeiten gesorgt und unseren Sparkurs nicht nur eingehalten, sondern im Bund mit 3,7 Milliarden Euro sogar übererfüllt.

Österreich stand zu Beginn dieses Jahres besser da als noch ein Jahr zuvor. Das war kein Zufall, sondern das Ergebnis harter Arbeit, klarer Prioritäten und einer Politik mit eindeutiger Handschrift der Volkspartei.

## **Trumpflation stellt Erreichtes wieder in Frage**

Internationale Konflikte stellen allerdings vieles von dem bereits Erreichten wieder in Frage und führen uns einmal mehr vor Augen, wie rasch sich Rahmenbedingungen weltweit ändern können. Mit dem Iran-Krieg kam die Trumpflation und damit wieder eine internationale Krise, die wir nun überwinden müssen. Für uns ist klar: Wir halten Kurs und an der 2-1-0-Formel fest, denn was Anfang 2026 gelungen ist, wird uns wieder gelingen!

Geopolitische Konflikte können wir nur bedingt beeinflussen, aber wir können dort für Stabilität sorgen, wo wir unmittelbar Verantwortung tragen. Gerade in einer Zeit, in der äußere Umstände unübersichtlich und unsicher sind, wird Stabilität zu einem Wert für sich und einem entscheidenden Standortfaktor.

## **Doppelbudget mit Wirtschaftsschwerpunkt**

Mit dem Doppelbudget 2027/28 setzen wir deshalb auf eine erprobte Budgetplanung mit Weitblick, die Planungssicherheit und Stabilität ermöglicht, die Staatsfinanzen saniert und Österreich wieder aus dem EU-Defizitverfahren führt.

Wir verbinden nachhaltige Budgetpolitik mit treffsicherer Standortpolitik. Wir sparen dort, wo Strukturen effizienter werden können – bis 2031 sparen wir 2000 Stellen in der Verwaltung ein. Wir stärken die heimische Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze – mit der Senkung der Lohnnebenkosten gelingt ein wirtschaftspolitischer Meilenstein, der für spürbare Entlastung sorgt. Daneben investieren wir gezielt in unsere Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit und belohnen Leistungsbereitschaft.

Dieses Budget ist kein Krisenbudget. Aber es ist ein Budget in einer Krise.

Gerade in herausfordernden Zeiten braucht es eine Politik, die nicht nur auf die Herausforderungen der Gegenwart reagiert, sondern auch die Zukunft im Blick hat. Genau das tun wir mit diesem Budget – damit der Aufschwung für Österreich gelingt!

### **Kurz Knapp**

- Die Volkspartei hat in einer herausfordernden Zeit Verantwortung für Österreich übernommen.
- Österreich hatte Krisenjahre hinter sich – Inflation hoch, drittes Rezessionsjahr drohte, Energiepreise belastend, Verunsicherung spürbar.
- Harte Arbeit und konsequente Schwerpunktsetzung der Volkspartei hat sich ausgezahlt: 2-1-0-Formel des Bundeskanzlers Anfang des Jahres erreicht.
- Erstmals im Jänner wieder den Inflationszielwert von 2 Prozent erreicht, Wirtschaft ist entgegen vieler Erwartungen wieder gewachsen und letztes Jahr mehr Abschiebungen als Asylanträge.
- Durch geopolitische Konflikte, wie den Iran-Krieg, wurde vieles von dem bereits Erreichten wieder in Frage gestellt. Trumpflation!
- Halten trotzdem an der 2-1-0-Formel fest: Was uns einmal gelungen ist, gelingt wieder!
- Umfeld herausfordernd und zunehmend volatil: Stabilität wird zu einem Wert für sich und einem wichtigen Standortfaktor.
- Mit dem Doppelbudget sanieren wir unseren Haushalt und investieren gleichzeitig in unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand und eine gute Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder.
- Schwerpunkte: Wirtschaft stärken, Leistung belohnen, Integration einfordern, Landwirtschaft entlasten, Sicherheit finanzieren, im System sparen.

# LETS TALK NUMBERS

**2,5 Milliarden Euro** investieren wir in unseren Standort und die Zukunft unseres Landes **2,5 Milliarden Euro** sparen wir ein und setzen damit unseren konsequenten Konsolidierungskurs fort, um das EU-Defizitverfahren schnellstmöglich hinter uns zu lassen.

**2 Milliarden Euro** nehmen wir für die Senkung der Lohnnebenkosten ab 2028 in die Hand – das sind **80 Prozent der gesamten Mittel**, die wir in Offensivmaßnahmen investieren. Das ist die mit Abstand größte Entlastungsmaßnahme dieses Doppelbudgets und ein klares Zeichen für die starke Handschrift der Volkspartei!

**Bis zu 12.000** neue Arbeitsplätze entstehen pro Prozentpunkt Lohnnebenkostensenkung, hunderttausende bestehende Arbeitsplätze bleiben erhalten und die Betriebe haben wieder mehr Spielraum, um in ihr Unternehmen zu investieren.

**750 Millionen Euro** stehen von 2027 bis 2029 für das Industriepaket und die Absicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise zur Verfügung.

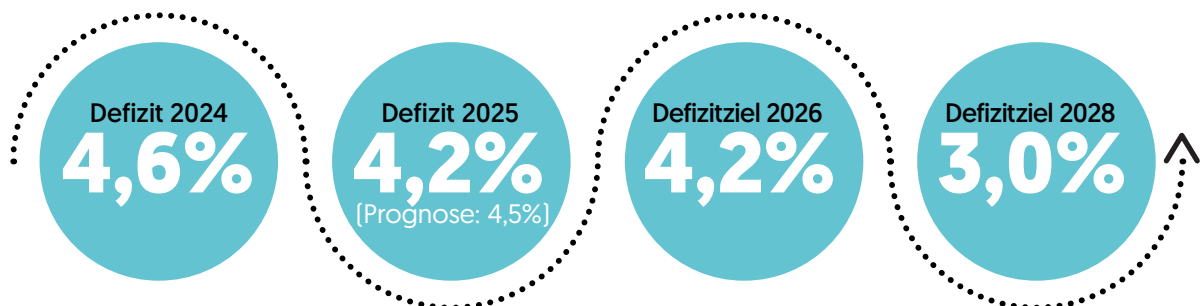
**Mehr als 10 Milliarden Euro** werden 2027 und 2028 in die Landesverteidigung und damit in die Sicherheit unseres Landes investiert. Damit wird der Aufbauplan 2032+ fortgesetzt.

**100 Millionen Euro** stellen wir der heimischen Landwirtschaft bereits dieses Jahr für die Agrardiesel-Rückvergütung zur Verfügung. Denn der Einsatz unserer Bäuerinnen und Bauern verdient nicht nur Anerkennung, sondern auch verlässliche politische Unterstützung.

**2.000 Stellen** werden bis 2031 in der Bundesverwaltung eingespart – der Staat wird effizienter, schlanker und moderner. Die Bereiche Polizei, Justiz, Gesundheit und Bildung bleiben von diesen Einsparungen ausgenommen.

**0 Euro** zusätzliche Belastung durch Vermögens- oder Erbschaftssteuern, höhere Grundsteuern oder eine Streamingabgabe. Wir haben unser Versprechen gehalten und die Forderungen nach neuen Vermögenssteuern verhindert! Auch die Entlastung durch die Kalte Progression bleibt erhalten.

## AKTUELLE BUDGET-ZAHLEN



# DAS DOPPELBUDGET IN 30 SEKUNDEN ...



Wir sparen 2,5 Milliarden Euro ein und führen Österreich aus dem EU-Defizitverfahren



Wir investieren 2,5 Milliarden Euro in die Zukunft unseres Landes



Historischer Erfolg: 2 Milliarden Euro für die Senkung der Lohnnebenkosten



750 Millionen für eine starke heimische Industrie und leistbare Energiepreise



Rekordinvestition in unsere Sicherheit: mehr als 10 Milliarden Euro für Landesverteidigung



100 Millionen Euro für die Agrardiesel-Rückvergütung für unsere Bäuerinnen und Bauern



Mehr Leistungsgerechtigkeit durch verpflichtendes Integrationsprogramm, Sozialhilfe NEU und Aktiv-Pension



Leistbare Energieversorgung gesichert – strategische Gasreserve wird verlängert und Industriestrombonus sorgt für leistbare Preise am heimischen Wirtschaftsstandort



Keine Vermögenssteuer, keine Erbschaftssteuer, keine höhere Grundsteuer.



Mehr Netto vom Brutto – die Entlastung durch die Abschaffung der kalten Progression bleibt erhalten!

# SCHWERPUNKTE

## Die Handschrift der Volkspartei!

### **1. WIRTSCHAFT STÄRKEN. AUFSCHWUNG ERMÖGLICHEN.**

Wir stärken den Wirtschafts- und Industriestandort, sichern Arbeitsplätze und schaffen die Voraussetzungen für Wachstum, Wohlstand und einen nachhaltigen Aufschwung für unser Land. Die mit Abstand größte Zukunftsinvestition dieses Doppelbudgets ist die Senkung der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt. Mit einem Volumen von 2 Milliarden Euro macht sie rund 80 Prozent aller Offensivmaßnahmen aus, ist damit die größte Entlastungsmaßnahme dieses Budgets und eine jahrzehntelange wirtschaftspolitische Forderung der Volkspartei, die nun endlich Realität wird! Ergänzt wird sie durch ein 750-Millionen-Euro-Industriepaket, Investitionen in Schlüsseltechnologien, den Startup- und Scale-up-Fonds sowie die Verlängerung der strategischen Gasreserve. So stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und schaffen die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum und langfristigen Wohlstand.

### Die wichtigsten Maßnahmen

- Senkung der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt
- 750-Millionen-Euro-Industriepaket
- Investitionen in Forschung, Innovation und Schlüsseltechnologien
- Startup- und Scale-up-Fonds
- Verlängerung der strategischen Gasreserve

### **2. LEISTUNG FÖRDERN. INTEGRATION EINFORDERN.**

Ein wettbewerbsfähiger Standort und ein starker Sozialstaat brauchen eine starke Wirtschaft und möglichst viele Menschen in Beschäftigung. Deshalb sorgen wir dafür, dass sich Arbeit und Leistung wieder stärker lohnen und jeder, der arbeiten kann, einen spürbaren Vorteil davon hat, eine Beschäftigung aufzunehmen oder das Arbeitsausmaß zu erhöhen. Mit der Sozialhilfe NEU, einem verpflichtenden Integrationsprogramm und der Aktiv-Pension stärken wir Arbeitsanreize, Eigenverantwortung und fordern Integration aktiv ein. Gleichzeitig setzen wir öffentliche Mittel gezielter und treffsicherer ein und richten soziale Leistungen stärker auf ihren eigentlichen Zweck aus. So stellen wir soziale Absicherung dort sicher, wo sie wirklich gebraucht wird, stärken die Leistungsgerechtigkeit und erhalten die Finanzierbarkeit unseres Sozialstaates auch für kommende Generationen.

## Die wichtigsten Maßnahmen

- Sozialhilfe NEU
- Verpflichtendes Integrationsprogramm („Deutsch, Arbeit, Werte“)
- Aktiv-Pension
- Stärkere Arbeitsanreize und Qualifizierung
- Treffsicherer Einsatz öffentlicher Mittel

### **3. LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN. VERSORGUNG SICHERN.**

Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur regionalen Wertschöpfung, zur Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln und zur Lebensqualität in ganz Österreich. Mit der Wiedereinführung des Agrardiesels und der Fortführung des Waldfonds als Teil des Resilienzpakets stärken wir den ländlichen Raum und sichern die heimische Lebensmittelproduktion auch in herausfordernden Zeiten.

## Die wichtigsten Maßnahmen

- Wiedereinführung des Agrardiesels inklusive vorgezogener Auszahlung
- Waldfonds wird fortgeführt
- Sicherung der Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik
- Absicherung der heimischen Lebensmittelproduktion

### **4. SICHERHEIT IN EINER ZUNEHMEND UNSICHEREN WELT.**

Sicherheit ist die Grundlage für Freiheit, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen, internationaler Konflikte, hybrider Bedrohungen, irregulärer Migration und neuer Sicherheitsrisiken stärken wir Österreichs innere und äußere Sicherheit gleichermaßen. Wir investieren in ein modernes Bundesheer, eine schlagkräftige Polizei, wirksamen Grenzschutz, konsequente Asylpolitik und den Schutz vor Terrorismus und Extremismus.

Mit einem gestiegenen Verteidigungsbudget setzen wir den Aufbauplan 2032+ fort. Gleichzeitig bleibt das Sicherheitsbudget des Innenministeriums auf hohem Niveau stabil, während durch sinkende Asylzahlen und einen konsequenten Kampf gegen Schlepperkriminalität erhebliche Einsparungen erzielt werden.

# Die wichtigsten Maßnahmen

## Äußere Sicherheit stärken

- Mehr als 10 Milliarden Euro für die Landesverteidigung bis 2028
- Finanzierung des Aufbauplans 2032+
- Absicherung des europäischen Luftverteidigungssystems Sky Shield
- Ankauf von Mittelstrecken-Luftabwehrsystemen (MRAD)
- Stärkung der Luftraumüberwachung und Luftverteidigung
- Leonardo Jettrainer langfristig finanziert
- Modernisierung des Bundesheeres und Ausbau militärischer Fähigkeiten
- Investitionen in Wehrfähigkeit, Krisenvorsorge und Resilienz Österreichs

## Innere Sicherheit gewährleisten

- Sicherheitsbudget von rund 4,1 Milliarden Euro jährlich für die Exekutive
- Vollständige Nachbesetzung aller Polizeidienstposten
- Zusätzliche personelle Verstärkung im Ballungsraum Wien
- Investitionen in moderne Schutzausrüstung, Dienststellen und Sicherheitsinfrastruktur
- Ausbau der Terrorismusbekämpfung und Umsetzung der Gefährderüberwachung
- Beschaffung neuer Mehrzweckhubschrauber für Polizei und Sicherheitsaufgaben

## Konsequente Asyl- und Migrationspolitik

- Asylanträge auf dem niedrigsten Niveau seit 2014
- Einsparungen von über 130 Millionen Euro jährlich im Bereich Fremdenwesen
- Konsequenter Kampf gegen Schlepperkriminalität und Asylmissbrauch
- Deutliche Reduktion der Personen in Grundversorgung
- Verringerung der Bundesgrundversorgungseinrichtungen von 30 auf 8 Standorte
- Vorbereitung von Rückkehrzentren zur konsequenten Umsetzung von Rückführungen
- Umsetzung des europäischen Asyl- und Migrationspakts

## 5. SPAREN IM SYSTEM. NICHT BEI DEN MENSCHEN.

Auch in dem, was dieses Budget nicht enthält, zeigt sich die Handschrift der Volkspartei. Wir haben unser Versprechen gehalten und neue Belastungen verhindert: Keine Vermögenssteuer, keine Erbschaftssteuer, keine höhere Grundsteuer! Denn bei einer Steuer- und Abgabenquote von rund 44 Prozent haben wir kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Stattdessen sparen wir im System, setzen auf Reformen und modernisieren und verschlanken die Verwaltung. Bis 2031 werden knapp 2.000 Stellen in der Bundesverwaltung eingespart, alle Ressorts leisten zusätzliche Beiträge zur Verwaltungsreform und Förderungen werden künftig noch stärker auf ihre tatsächliche Wirkung überprüft – Schluss mit dem Gießkannen-Prinzip! Außerdem setzen wir verstärkt auf den Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz, um Abläufe zu vereinfachen, Bürokratie abzubauen und den Staat noch effizienter zu machen.

### Die wichtigsten Maßnahmen

- Einsparung von knapp 2.000 Stellen bis 2031
- Zusätzliche Verwaltungseinsparungen in allen Ressorts
- Treffsicherere Förderungen statt Fördergießkanne
- Digitalisierung und Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung
- Keine Vermögens- oder Erbschaftssteuer, keine höhere Grundsteuer, keine Streamingabgabe

# WIR SPAREN IM SYSTEM

## **Alle leisten einen Beitrag:**

- Budgetsanierung ist eine gesamtstaatliche Kraftanstrengung.
  - Bund, Länder, Städte und Gemeinden tragen Verantwortung.
  - Auch Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen leisten ihren Beitrag.
- Mit dem Doppelbudget 2027/28 setzen wir den nächsten wichtigen Schritt.

## **Wir sparen im System:**

- „Sparen im System“ ist ein zentraler Bestandteil des Doppelbudgets.
- Wir sparen dort, wo Strukturen effizienter werden können.
- Wir reduzieren Bürokratie und Doppelgleisigkeiten.
- Unser Ziel: Mehr Wirkung pro eingesetztem Steuereuro.

## **1. SÄULE: Personal und Verwaltung**

- Der Bund beginnt bei den eigenen Strukturen.
- Bis 2031 werden knapp 2.000 Planstellen eingespart.
- Sicherheits-, Justiz- und Bildungsbereich bleiben von den Einsparungen ausgenommen.
- Ziel ist eine moderne, leistungsfähige und effizientere Verwaltung.

## **2. SÄULE: Verwaltungseinsparungen**

- Alle Ressorts leisten einen Beitrag zur Konsolidierung.
- Bereits vereinbart sind Einsparungen von 1,1 Milliarden Euro (2025), 1,3 Milliarden Euro (2026) und 1,5 Milliarden Euro (2027).
- Die Einsparungen erfolgen durch effizientere Abläufe, geringere Sachkosten und gezielte Nicht-Nachbesetzungen.
- Jeder eingesparte Euro in der Verwaltung schafft Spielraum für zentrale Staatsaufgaben.

### 3. SÄULE: Förderungen treffsicherer machen

- Die Zeit der Fördergießkanne ist vorbei.
- Jede Förderung wird künftig auf ihre Treffsicherheit und Wirksamkeit geprüft.
- Die Förder-Taskforce setzt ressortübergreifende Einsparungen um.
- Die Einsparungen steigen von 150 Millionen Euro im Jahr 2026 auf 800 Millionen Euro jährlich ab 2029.
- Insgesamt ergibt sich daraus bis 2031 ein Konsolidierungsbeitrag von rund 3,5 Milliarden Euro.
- Förderungen müssen wirksam, zielgerichtet und dort eingesetzt werden, wo sie den größten Mehrwert schaffen.

### 4. SÄULE: Sparen in der Politik

- Konsolidierung beginnt an der Spitze.
- Die Politik leistet neuerlich einen Konsolidierungsbeitrag von zusätzlich 5 Millionen Euro pro Jahr.
- Die Spitzenpolitik hatte seit 2018 bereits sechs Nulllohnstunden.
- Das entspricht bis 2026 einem Kaufkraftverlust von bis zu 22 Prozent.
- Auch 2026 gilt erneut eine Nulllohnstunde für die Spitzenpolitik.

### 5. SÄULE: Weitere strukturelle Reformen

- Wir modernisieren bestehende Strukturen und schaffen nachhaltige Entlastungen.
- Im Bereich der Sozialversicherung sollen die Defizite der Träger bis 2029 auf null zurückgeführt werden.
- Ein umfassendes Maßnahmenpaket im Gesundheits- und Sozialbereich soll für mehr Effizienz sorgen.
- Öffentliche Beteiligungen leisten über die Beteiligungs-Taskforce einen Beitrag.
- Die Einsparungen steigen dort von 100 Millionen Euro im Jahr 2027 auf 300 Millionen Euro im Jahr 2029.
- Unser Fokus liegt auf dauerhaften Reformen statt kurzfristigen Einmaleffekten.

# DIE RESSORTBUDGETS IM ÜBERBLICK

## Bundeskanzleramt

### BUNDESMINISTERIUM FÜR EUROPA, INTEGRATION UND FAMILIE

#### **Verpflichtendes Integrationsprogramm und Sozialhilfe NEU:**

**Budgetäre Einsparungen: 2027 50 Millionen Euro | 2028 100 Millionen Euro**

→ „Wer bei uns leben will, muss Teil werden. Das bedeutet: Deutsch lernen, arbeiten gehen und unsere Werte und Gesetze achten. Integration ist kein Angebot, sondern eine Verpflichtung. Wer sich nicht daran hält, hat mit empfindlichen Kürzungen und Strafen zu rechnen.“

#### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Verpflichtendes Integrationsprogramm nach dem Prinzip Deutsch, Arbeit, Werte
- Sozialleistungen an Leistung und Eigenverantwortung knüpfen
- Treffsichere und bundesweit einheitliche Ausgestaltung

Die Bundesregierung wird die Sozialhilfe grundlegend reformieren. Ziel ist ein System, das Leistung belohnt, Arbeitsanreize stärkt und Integration verbindlich einfordert. Für Zugewanderte gilt: Integration ist kein Angebot, sondern eine Verpflichtung. Durch die Einführung des verpflichtenden Integrationsprogramms werden Sozialleistungen künftig an klar definierte Voraussetzungen geknüpft. Wer diese nicht erfüllt, hat mit empfindlichen Kürzungen und Strafen zu rechnen. Das Integrationsprogramm basiert auf drei zentralen Säulen: Deutsch, Arbeit und Werte. Ein Gesetzesentwurf dafür soll im Sommerministerrat beschlossen und bis September 2026 dem Parlament zugeleitet werden. Die budgetären Einsparungen betragen 50 Millionen Euro im Jahr 2027 und 100 Millionen Euro im Jahr 2028.

### **STAATSEKRETARIAT IM BUNDESKANZLERAMT FÜR KOORDINIERUNG, DIGITALISIERUNG, KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS, ÖFFENTLICHER DIENST UND VERFASSUNG**

#### **Einsparungen durch Digitalisierung, nicht an Digitalisierung & eGovernment Budget**

**Budgetäre Auswirkung: 2027 119 Millionen Euro | 2028 131,5 Millionen Euro**

[Steigerung von 48,61% | Vergleichsjahr: 2026] & 2028: 131,5 Millionen Euro

[Steigerung von 64,22% | Vergleichsjahr: 2026]

→ „Wir richten unseren Blick in die Zukunft. Ausgehend vom Budget 2026 wächst das Digitalisierungsbudget 2027 um 48,61 % und 2028 um 64,22 %. Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche und auf jene Maßnahmen, die Österreich langfristig am meisten nützen. Wir nutzen die Digitalisierung, um unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand nachhaltig zu stärken.“

Wir konnten im Vergleich zu den Vorjahren eine deutliche Steigerung des Digitalisierungsbudgets sicherstellen und damit die Bedeutung des Themas in Zahlen gießen.

#### **IM BEREICH DIGITALISIERUNG WIRD ES GRUNDSÄTZLICH DIESE SCHWERPUNKTE GEBEN:**

1. Fokus auf eGovernment – zentrale Anwendung bleibt ID Austria sowie die Bereitstellung des europäischen Wallets
2. Die Öffnung der noch nicht angeschlossenen Register, um das Once only Prinzip konsequent umzusetzen.
3. Weiterführung und Stärkung der DKO [Digitale Kompetenzoffensive] – denn die beste technische Lösung bringt nichts, wenn die Menschen sie nicht anwenden können.
4. Public AI – das umschreibt den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung sowie für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen.

→ „Vor allem durch Künstliche Intelligenz wollen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst entlasten. Gleichzeitig modernisieren wir die Verwaltung – ohne dabei sicherheitsrelevante Bereiche (Polizei, Militär und Lehrer) zu beeinträchtigen.“

#### **Zusätzliche 108 Millionen Euro aus den Personaleinsparungen für Digitalisierung zweckgebunden**

Angesichts der demografischen Entwicklung und der Tatsache, dass in den kommenden 13 Jahren rund 44 Prozent der Bundesbediensteten in Pension gehen werden, setzt die Bundesregierung auf Modernisierung durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Ziel ist es, Mitarbeitende zu entlasten, Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten, digitale Services für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen auszubauen sowie Wissen langfristig zu sichern. Dabei bleibt die Letztverantwortung stets bei Menschen („Human in control“). Aus den daraus resultierenden Einsparungen werden 20 Prozent der Digitalisierung zweckgewidmet. Das entspricht einer Gesamtsumme von 108 Millionen Euro bis 2030.

### Senkung der Lohnnebenkosten

Budgetäre Auswirkung: 2027 0 Mio. | 2028 2.000 Mio.

→ „Wir senken die Lohnnebenkosten um 2 Milliarden Euro, entlasten Arbeit in Österreich und setzen damit einen klaren Impuls für Beschäftigung, Wachstum und mehr Netto vom Brutto.“ „Lohnnebenkosten senken heißt: Arbeiten günstiger machen, Leistung attraktiver machen und den Standort Österreich wieder nach vorne bringen.“

#### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

1. Senkung der Lohnnebenkosten um rund 2 Milliarden Euro
2. Dies geschieht durch eine Absenkung der FLAF-Beiträge um einen Prozentpunkt
3. Entlastung von Betrieben zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie mehr verfügbares Einkommen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Familien

Mit der Senkung der Lohnnebenkosten entlasten wir Arbeit in Österreich gezielt und nachhaltig. Die derzeit hohen Lohnnebenkosten sind seit vielen Jahren ein zentraler Punkt der Forderungen, wenn es um die Entlastung der Unternehmen wie auch des Faktors Arbeit geht. Österreich hat sich aus dem Markt gepreist – die Lohnnebenkosten liegen bei rund 27 % der Arbeitskosten. Durch eine Reduktion um rund 2 Milliarden Euro ab 2028 – das entspricht einem Prozentpunkt – werden die Arbeitskosten für Unternehmen spürbar gesenkt. Für ein Exportland wie Österreich ist das entscheidend: Wir verbessern Schritt für Schritt unsere Wettbewerbsfähigkeit und holen uns Marktanteile zurück. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, erleichtert Investitionen und schafft bessere Voraussetzungen für neue Beschäftigung sowie die Absicherung bestehender Arbeitsplätze. Gleichzeitig profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch höhere Nettolöhne und damit mehr Kaufkraft. Gerade Familien gewinnen durch mehr verfügbares Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit. So stärken wir den Arbeitsmarkt, erhöhen die Standortattraktivität und sichern langfristig Wohlstand in Österreich.

### 750-Millionen-Industriepaket

Budgetäre Auswirkung: 2028 250 Mio. | 2029 250 Mio. | 2030 250 Mio.

„Mit 750 Millionen Euro für industriepolitische Kernmaßnahmen setzen wir den nächsten konkreten Schritt unserer Industriestrategie 2035. Unser Ziel ist klar: Produktion, Investitionen und Arbeitsplätze müssen in Österreich bleiben. Deshalb entlasten wir energieintensive Betriebe gezielt – vom spezialisierten Mittelständler bis zur Großindustrie – und schaffen faire

Wettbewerbsbedingungen im internationalen Standortwettbewerb. Gleichzeitig sorgen wir mit dem Energiepreiskrisenmechanismus vor, damit Haushalte und Unternehmen im Krisenfall rasch geschützt werden. Energiepolitik ist Standortpolitik: Wer leistbare Energie sichert, sichert Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Arbeitsplätze.“

#### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Für den Zeitraum 2027 bis 2029 (Abwicklung 2028-2030) stehen jährlich 250 Mio. Euro für das Standortabsicherungsgesetz und den neuen Industriestrompreis bereit – insgesamt 750 Mio. Euro für den Industriestandort.
- Das Standortabsicherungsgesetz soll von rund 60 auf rund 120 Unternehmen ausgeweitet werden; der neue Industriestrompreis soll zusätzlich rund 400 besonders stromintensive Unternehmen und Prozesse erreichen.
- Ein Teil der Förderung muss wieder in Dekarbonisierung, Energieeffizienz oder Elektrifizierung investiert werden – so verbindet das Paket kurzfristige Stromkostenentlastung mit langfristiger Standortstärkung.

Das Industriestrompaket bündelt ab 2027 die Weiterentwicklung des Standortabsicherungsgesetzes und den neuen Industriestrompreis. Dafür stehen von 2027 bis 2029 jeweils 250 Millionen Euro pro Jahr bereit, die im jeweiligen Folgejahr beantragt und abgewickelt werden, da dafür Verbrauchsparameter, Abrechnungen etc. vorliegen müssen.

Das Standortabsicherungsgesetz gleicht indirekte CO<sup>2</sup>-Kosten energieintensiver Betriebe aus und soll künftig rund 120 statt bisher rund 60 Unternehmen erfassen. Der Industriestrompreis ergänzt diese Entlastung für besonders stromintensive Unternehmen und Prozesse. Ein Teil der Förderung muss in Dekarbonisierung, Energieeffizienz oder Elektrifizierung reinvestiert werden. Damit verbindet das Paket kurzfristige Entlastung mit langfristiger Standortstärkung.

### **Einstieg in das Wasserstoff-Startnetz bis 2031**

Budgetäre Auswirkung: 2029 0,5 Mio. | 2030 13 Mio. | 2031 30 Mio.

→ „*Wer Industrie in Österreich halten will, muss heute die Energieinfrastruktur von morgen aufbauen. Mit dem Einstieg in das Wasserstoff-Startnetz schaffen wir Planungssicherheit, stärken den Standort und geben den Startschuss für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.*“

#### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Einstieg des Bundes in das Wasserstoff-Startnetz
- Budgetäre Wirksamkeit ab 2029 – außerhalb des aktuellen Doppelbudgets
- Voraussetzung für Investitionssicherheit und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft

Der Aufbau eines Wasserstoffnetzes braucht in der Startphase eine klare Anschub-finanzierung. Am Beginn gibt es noch keine ausreichende Nachfrage, damit sich das Netz allein über Entgelte finanzieren kann. Deshalb beteiligt sich der Bund am Wasserstoff-Startnetz und schafft damit Planungssicherheit für Industrie sowie Netzbetreiberinnen und Netzbetreiber. Wenn die Wasserstoffwirtschaft hochläuft und genügend Nachfrage entsteht, soll das Netz über die Nutzerinnen und Nutzer finanziert werden. Die budgetäre Wirkung beginnt ab 2029 und liegt damit außerhalb des aktuellen Doppelbudgets. Wasserstoff ist besonders für energieintensive Betriebe ein wichtiger Baustein für eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung.

## **Aufstockung der heimischen Umsetzung des European Chips Act (Mikroelektronik)**

Budgetäre Auswirkung: 2027 79 Mio. | 2028 100 Mio.

→ „*Mikrochips bzw. Halbleiter sind das Nervensystem der modernen Wirtschaft – ohne Mikroelektronik stehen Industrie, Mobilität, Energieversorgung und Digitalisierung unter Druck. Mit Mitteln zur rot-weiß-roten Umsetzung des European Chips Acts stärken wir eine Schlüsseltechnologie der Industriestrategie, sichern Investitionen in Österreich ab und machen unseren Standort widerstandsfähiger gegenüber geopolitischen Abhängigkeiten.*“

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Grundsteinlegung für Investitionen in zentrale Schlüsseltechnologie am Standort Österreich.
- Wichtiger Baustein der Schlüsseltechnologieoffensive in der Industriestrategie.
- Stärkung der technologischen Souveränität und der Resilienz der Lieferketten.

Österreich ist Mikroelektronik-Europameister. Diese Schlüsseltechnologie ist für die gesamte Wirtschaft wichtig und auch in der Industriestrategie verankert – von der Industrie über die Mobilität bis zur Energieversorgung. Mit den Mitteln für 2027 und 2028 steigern wir die technologische Souveränität und Innovationskraft Österreichs sowie die Resilienz der Lieferketten in einem geopolitisch brisanten Bereich. Der Ausbau sichert hochqualifizierte Arbeitsplätze und verankert Wertschöpfung im Land. Österreich bleibt damit ein zentraler Standort für die verlässliche und innovative europäische Halbleiterproduktion.

## Internationalisierungs- und Standortoffensive

Budgetäre Auswirkung: 2027 32 Mio. | 2028 33 Mio. – auch darüber hinaus Mittel bis inkl. 2031 vorgesehen

→ „Österreich hat starke Unternehmen, starke Technologien und starke Standorte. Jetzt geht es darum, diese Stärken international noch sichtbarer zu machen. Mit der Standort- und Internationalisierungsoffensive werben wir gezielt um Investitionen, Betriebsansiedelungen und neue Märkte – damit mehr Wertschöpfung und mehr Arbeitsplätze in Österreich entstehen.“

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Standort- und Internationalisierungsoffensive in der Größenordnung von rund 65 Mio. Euro
- Rot-weiß-rote Präsenz bei Weltausstellungen (EXPO) 2027 in Belgrad und 2030 in Riyadh sowie weiteren internationalen Großereignissen mit tourismus- und standortpolitischer Bedeutung, wie den Olympischen Sommerspielen 2028 in Los Angeles.
- Stärkung der internationalen Betriebsansiedelung; Absicherung der Exportoffensive Go-International

Internationale Großereignisse sind eine Bühne für den Wirtschaftsstandort Österreich. Mit der Standort- und Internationalisierungsoffensive nutzen wir Weltausstellungen und weitere internationale Großereignisse für eine sichtbare rot-weiß-rote Präsenz. Im Zentrum steht das Werben um internationale Betriebsansiedelungen, Investitionen und Wertschöpfung. Die bewährte Exportoffensive Go-International wird abgesichert und unterstützt heimische Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte. Damit stärken wir die Sichtbarkeit Österreichs im internationalen Wettbewerb und schaffen die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung.

## Verlängerung der strategischen Gasreserve

Budgetäre Auswirkung: 2027 114 Mio | 2028 120 Mio | 2029 30 Mio.

→ „Eine starke Wirtschaft braucht sichere Energie. Mit der strategischen Gasreserve sorgen wir vor, stärken die Widerstandsfähigkeit unseres Standorts und schützen Österreich vor den Folgen internationaler Verwerfungen auf den Energiemärkten.“

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Verlängerung der strategischen Gasreserve um zwei Jahre bis April 2029
- Versorgungssicherheit als Voraussetzung für Industrie und Haushalte
- Vorsorge in einem volatilen geopolitischen Umfeld

Versorgungssicherheit ist die Grundlage für eine funktionierende Wirtschaft und für leistbare Energie. Mit der Verlängerung der strategischen Gasreserve sorgt der Bund dafür, dass Österreich auch in Krisensituationen über ausreichende Gasmengen verfügt. In einem volatilen geopolitischen Umfeld – etwa bei Spannungen entlang wichtiger Lieferwegen – ist diese Vorsorge ein Stabilitätsanker für Industrie und Haushalte. Die Reserve reduziert die Abhängigkeit von kurzfristigen Marktverwerfungen und stärkt die Resilienz der Energieversorgung. Mit der Verlängerung setzen wir die bewährte Vorsorge fort und sichern die Energieversorgung des Standorts ab.

## **Schlüsseltechnologie-Offensive und FTI-Pakt (Innovation)**

Budgetäre Auswirkung: 2027 224 Mio. | 2028 219 Mio. – insgesamt stehen für den FTI Pakt 2027-2029 sowie begleitende Schlüsseltechnologemaßnahmen 2026 rund 728 Mio. EUR zur Verfügung

→ *„Mit dem FTI-Pakt 2027-2029 haben wir den Grundstein für die Schlüsseltechnologie-Offensive der Industriestrategie ab 2027 gelegt. Bis 2029 investieren wir ressortübergreifend insgesamt rd. 2,6 Mrd. Euro in Schlüsseltechnologien. Damit stärken wir die heimische Innovationskraft in diesen zentralen Zukunftsfeldern und sichern langfristig Wertschöpfung und Arbeitsplätze am Standort Österreich.“*

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Schwerpunkt auf Schlüsseltechnologien (Neuausrichtung Förderportfolios Agenturen mit inhaltlicher Schwerpunktsetzung, neues FFG-Flagship Programm im Bereich der Schlüsseltechnologien, IPCEI Advanced Semiconductors)
- Schwerpunkt auf Verbesserung des Technologietransfers von der Wissensproduktion zur Wissensverwertung (Stärkung Christian Doppler Gesellschaft, Weiterführung COMET-Zentren als Leuchttürme der anwendungsorientierten Spitzenforschung)
- Steigerung der Effizienz und Effektivität beim Mitteleinsatz

Mit dem FTI-Pakt sichern wir die Finanzierung zentraler Forschungseinrichtungen langfristig ab und setzen einen gezielten Fokus auf Schlüsseltechnologien zur Stärkung des High-Tech Standorts Österreich. Forschung und Innovation sind die Grundlage für Produktivität, hochwertige Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Wir investieren damit gezielt in die Stärken des Landes und in jene Bereiche, die den künftigen Wohlstand sichern.

## Startup & Scaleup Fonds

### Budgetäre Auswirkung: 100 Millionen Euro, beginnend 2027

→ „Mit dem Startup & Scaleup Fonds schließen wir die Finanzierungslücke in der Wachstumsphase innovativer Unternehmen. Damit gute Ideen zukünftig nicht im Ausland, sondern bei uns in Österreich groß werden können.“

#### DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:

- Wachstumskapital für Startups & Scaleups
- Ziel: 100 Millionen Euro staatliches Ankerinvestment; Zielvolumen 500 Millionen Euro
- Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Österreich

Zur Stärkung von Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft wird ein Startup & Scaleup Fonds geschaffen. Aufgesetzt als Dachfonds mit einer Fund-of-Funds-Struktur und einem unabhängigen Management nach internationalen Standards wird nationales und internationales Wachstumskapital für hochinnovative Unternehmen mobilisiert. Hierdurch soll die Abwanderung dieser in Drittstaaten verhindert und die Skalierung in Österreich und Europa ermöglicht werden. Die Aufbringung des Fondskapitals erfolgt überwiegend durch private Investorinnen und Investoren. Als Signalwirkung für diese stellt der Bund ein Ankerinvestment iHv 100 Millionen Euro zu Verfügung, das dem Fonds schrittweise und bedarfsgerecht aus Rückflüssen, Rücklagen und weiteren Quellen zugeführt wird. Die operativen Vorbereitungsarbeiten, die Ausschreibung des Fondmanagements sowie die Verwaltung des staatlichen Ankerinvestments erfolgen über die Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH [aws].

## Stärkung der Österreich Werbung

### Budgetäre Auswirkung: 2027 30,1 Millionen Euro | 2028 33,1 Millionen Euro

→ „Mit der budgetären Absicherung der Österreich Werbung setzen wir ein klares Signal für die internationale Sichtbarkeit des Tourismusstandorts Österreich. Gerade in einem intensiven globalen Wettbewerb um Gäste, Wertschöpfung und Marktanteile braucht Österreich eine starke nationale Tourismusorganisation, die das Urlaubsland Österreich professionell positioniert und international vermarktet.“

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Der reguläre Mitgliedsbeitrag des Bundes zur Österreich Werbung beträgt seit 2023 rund 30,1 Millionen Euro. Mit der Fortschreibung bleibt die Handlungsfähigkeit der ÖW gesichert. Gerade angesichts steigender Kosten und wachsender internationaler Konkurrenz ist das entscheidend, um Österreich auf den wichtigsten Herkunftsmärkten sichtbar zu halten.
- Die Österreich Werbung ist die nationale Tourismusorganisation Österreichs und damit eines der wichtigsten Instrumente zur internationalen Positionierung unseres Landes. Sie stärkt Österreich als hochwertige, nachhaltige und ganzjährige Urlaubsdestination und trägt dazu bei, Nachfrage, Nächtigungen und Wertschöpfung in den Regionen abzusichern.
- Mit der einmaligen Anpassung des Bundesbeitrags im Jahr 2028 um 3 Millionen Euro wird ein zusätzlicher strategischer Handlungsspielraum eröffnet, um standortrelevante Aktivitäten zu verstärken.

Die Österreich Werbung steht für die professionelle internationale Vermarktung des Urlaubslandes Österreich. Ihre Arbeit basiert auf den Schwerpunkten Kommunikation, Kooperation und Innovation. Dazu zählen internationale Kampagnen, Marktbearbeitung, digitale Kommunikation, Datenkompetenz, Kooperationen mit Bundesländern und Betrieben sowie die Weiterentwicklung der Marke Urlaub in Österreich.

## **Fortsetzung der gewerblichen Tourismusförderung des Bundes**

### **Budgetäre Auswirkung: 2027 23 Millionen Euro | 2028 23 Millionen Euro**

→ *„Mit der Fortschreibung der Mittel für die gewerbliche Tourismusförderung des Bundes setzen wir ein klares Signal für die heimischen Tourismusbetriebe. Gerade in einem wirtschaftlich herausfordernden Umfeld brauchen kleine und mittlere Unternehmen Planungssicherheit, Investitionskraft und verlässliche Rahmenbedingungen. Die OeHT bleibt damit ein zentrales Instrument, um Modernisierung, Betriebsübergaben und unternehmerische Stabilität im Tourismus gezielt zu unterstützen und Wertschöpfung in den Regionen abzusichern.“*

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Die Mittel für die gewerbliche Tourismusförderung des Bundes wurden 2023 von 26,26 Millionen Euro auf 23 Millionen Euro reduziert. Trotz angespannter Budgetlage konnte eine weitere Kürzung vermieden werden. Damit bleibt für touristische Betriebe eine wichtige Grundlage für Investitionsentscheidungen, Finanzierungen und betriebliche Weiterentwicklung erhalten.
- Die OeHT bleibt neben der Österreich Werbung eines der beiden zentralen tourismuspolitischen Steuerungsinstrumente des Bundes. Während die Österreich Werbung die internationale Sichtbarkeit und Nachfrage stärkt, unterstützt die OeHT die betriebliche Investitionskraft im Tourismus. Damit werden insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen bei Modernisierung, Nachhaltigkeit, Resilienz, Betriebsübergaben und Stabilisierung begleitet.
- Über die OeHT konnten im Jahr 2025 rund 539 Millionen Euro an Gesamtinvestitionsvolumen gehiebelt werden. Die eingesetzten Bundesmittel wirken damit deutlich über den unmittelbaren Budgetansatz hinaus. Sie ermöglichen Investitionen in Qualität, Energieeffizienz, Digitalisierung, Nachfolge und Wettbewerbsfähigkeit und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und zur Stabilisierung des Tourismusstandorts Österreich.

Im Rahmen der gewerblichen Tourismusförderung des Bundes werden touristische KMU bei Investitionen, Betriebsübergaben und Unternehmensstabilisierungen unterstützt. Grundlage dafür sind das KMU-Förderungsgesetz sowie die darauf aufbauenden Richtlinien. Als Förderinstrumente stehen insbesondere geförderte Kredite mit Zinsenzuschüssen, Haftungen und Zuschüsse zur Verfügung. Gerade vor dem Hintergrund schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer überwiegend kleinstrukturierten Tourismusbranche bleibt dieses Instrument von besonderer Bedeutung. Der Tourismus wirkt aktuell als wichtiger Konjunkturstabilisator, sichert Beschäftigung in den Regionen und schafft Wertschöpfung weit über die Branche hinaus.

### **Budgetäre Auswirkung: 2027: 5,30 Milliarden Euro | 2028: 5,43 Milliarden Euro**

Weitere Stabilisierung und Steigerung des Verteidigungsbudgets: Das Verteidigungsbudget hat sich seit Amtsantritt von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner verdoppelt.

→ „Das Doppelbudget 2027/28 ist ein starkes Bekenntnis zur Landesverteidigung und zum Schutz Österreichs. Das Budget steigt für das Jahr 2027 auf insgesamt 5,30 Milliarden Euro, im Jahr 2028 dann auf 5,43 Milliarden Euro.“

#### **DIE DABEI WICHTIGEN PUNKTE SIND:**

- Sky Shield ist abgesichert: Ankauf von Mittelstreckenraketen „MRAD“ gesichert - 500 Millionen bis 2031
- Leonardo Jettrainer ins Regelbudget aufgenommen - 850 Millionen bis 2031
- Grundsätzliche Einigung über die Stärkung der Luftraumüberwachung und -abwehr. Bis Jahresende definieren wir alle Bedarfe der Luftabwehr.

Die Welt hat sich verändert, die geopolitische Lage ist schwieriger und unsicherer geworden. Alle Staaten Europas müssen darauf reagieren und tun das auch. Wenn Sie einen Blick auf unsere europäischen Partner werfen, dann sehen Sie, dass die Wehrbudgets überall ansteigen. Österreich ist da keine Ausnahme.

Sicherheit besteht nicht nur aus Beschaffungen. Unsere Gesellschaft muss resilienter und wehrfähiger werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nicht umsonst beinhaltet die „Umfassende Landesverteidigung“ die vier Bereiche geistige, wirtschaftliche, zivile und militärische Landesverteidigung. Dieses Konzept ist aktueller denn je und jeder und jede muss seinen Beitrag dazu leisten. Das Österreichische Bundesheer muss in die Lage versetzt werden, Österreich und unsere Souveränität schützen zu können. Das vorgelegte Doppelbudget ist die Grundlage dafür.

### Sparen bei Asyl – Konsequenter Kampf gegen Schlepperkriminalität und Asylmissbrauch

Budgetäre Auswirkung: Reduktion um ca. 20 Prozent 2027: - 133,8, Millionen Euro | 2028: - 139 Millionen Euro

→ „Das Budget für die innere Sicherheit bleibt auf einem konstant hohen Niveau, während im Bereich des Fremdenwesens signifikante Einsparungen erzielt werden konnten.“

#### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Asylanträge auf niedrigstem Niveau seit 2014.
- Die Zahl der Menschen in Grundversorgung ist stark gesunken, bei den Bundesgrundversorgungseinrichtungen konnte von 30 auf 8 reduziert werden.
- Vorbereitung von Rückkehrzentren [2027: 5 Mio. Euro, 2028: 10 Mio. Euro] sind bereits miteingerechnet.

Das Budget für Fremdenwesen [UG 18] beträgt 2027 rund 540 Millionen Euro [Reduktion um 133,8 Mio. Euro bzw. ca. -20 % gegenüber 2025] und 2028 rund 534 Millionen Euro [Reduktion um 139 Mio. Euro bzw. ca. -20,6 % gegenüber 2025]. Die Zahl der Menschen in Grundversorgung sowie die Anzahl der Bundesgrundversorgungseinrichtungen konnten kontinuierlich von 30 auf 8 reduziert werden.

Die Einsparungen von über 130 Millionen Euro pro Jahr sind das direkte Resultat erfolgreich umgesetzter Maßnahmen: Ein konsequenter Asyl- und Rückkehrkurs, der entschlossene Kampf gegen die Schlepperkriminalität sowie die Vorbereitungen auf das europäische Asylsystem zeigen nachhaltig Wirkung.

## **Stabiles Sicherheitsbudget – Investitionen in Ausrüstung und Infrastruktur, sichtbare Präsenz und Terrorismusabwehr**

**Budgetäre Auswirkung: 2027: ca. 4,1 Milliarden Euro | 2028: ca. 4,1 Milliarden Euro**

→ „Die Schlagkraft der Exekutive wird weiter erhöht. Wir investieren in Personal, moderne Ausrüstung, Infrastruktur und Terrorismusabwehr.“

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Vollumfängliche Nachbesetzung bei der Exekutive, personelle Stärkung des Ballungsraums Wien.
- Investitionen in moderne Schutzausrüstung, Dienststellen und Infrastruktur.
- Terrorismusabwehr und Umsetzung der Gefährderüberwachung

Das Sicherheitsbudget für die Jahre 2027 und 2028 beweist einmal mehr, dass höchste Sicherheitsstandards und ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern Hand in Hand gehen. Das Budget für die innere Sicherheit bleibt mit jeweils knapp über 4,1 Milliarden Euro stabil auf dem konstant hohen Niveau der vergangenen Jahre.

Oberste Prämisse des aktuellen Sicherheitsbudgets ist die Schlagkraft der Exekutive weiter zu erhöhen. Einerseits durch die Fortsetzung der Personalaufnahmen im Bereich der Polizei, andererseits wird auch in die Ausrüstung – insbesondere moderne Schutzausrüstung – Dienststellen und Infrastruktur weiter investiert. Schwerpunkte stellen darüber hinaus Terrorismusabwehr und die Umsetzung der Gefährderüberwachung dar.

Abgänge bei der Exekutive werden vollumfänglich nachbesetzt und insbesondere der Ballungsraum Wien wird personell gestärkt.

Die Beschaffung neuer Hubschrauber wird eingeleitet, wobei das Beschaffungskonzept optimiert und auf den tatsächlichen Bedarf und die verfügbaren Ressourcen angepasst wurde. Mit der Beschaffung von Mehrzweckhubschraubern, die der bestehenden Hubschrauberflotte entsprechen, ist eine Flottenbereinigung möglich.

## **Aufbau der Behörde für Cybersicherheit**

→ „Ein zentraler Investitionsschwerpunkt ist die massive Stärkung der Cyber-Resilienz und der technologischen Innovationskraft“

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Aufnahme des Betriebs des Bundesamts für Cybersicherheit ab Oktober 2026
- Abwehr rasant steigender Bedrohungen durch Cyberangriffe
- Weiterentwicklung im Bereich Künstliche Intelligenz

Ein zentraler Investitionsschwerpunkt des Doppelbudgets 2027/2028 ist die massive Stärkung der Cyber-Resilienz und der technologischen Innovationskraft Österreichs. Das neue Bundesamt für Cybersicherheit soll ab Oktober 2026 seinen Betrieb aufnehmen und gezielt der rasant steigenden Bedrohungslage durch Cyberangriffe entgegenwirken. Parallel dazu wird die Weiterentwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz vorangetrieben. Die budgetären Mittel für dieses Vorhaben werden im Zuge der weiteren Budgetverhandlungen konkretisiert.

## **BMI leistet Beitrag zur Stabilisierung des Staatshaushalts**

**Budgetäre Auswirkung: 2027: -123 Millionen Euro (Verwaltungsabschläge) | 2028: -147 Millionen Euro (Verwaltungsabschläge)**

Stabile Finanzen sind eine gesamtstaatliche Verantwortung und Voraussetzung für eine sichere Zukunft. Selbstverständlich leistet BMI weiterhin seinen Beitrag.

Verwaltungsabschläge für 2027 (rund 123 Mio. Euro) und 2028 (rund 147 Mio Euro). In den Jahren 2025 (31 Millionen Euro) und 2026 (Planung 47 Millionen Euro) wurde bzw. wird im Bereich der Überstunden deutlich eingespart. Das Überstundenniveau 2026 wird für die kommenden Jahre beibehalten.

Im Verwaltungsbereich wird planmäßig jede dritte Stelle nachbesetzt. Zudem werden Ausgaben für Dienstreisen und öffentliche Kampagnen gesenkt. Auch das behördliche Fuhrparkmanagement wird mit einem klaren Einspar-Schwerpunkt in der Verwaltung modernisiert und effizienter gestaltet.

## **Agrardieselvergütung**

**Budgetäre Auswirkung: 2026 50 Millionen Euro | 2027 50 Millionen Euro**

→ „Die Agrardieselvergütung in Höhe von 100 Millionen Euro ist eine spürbare Entlastung in Zeiten hoher Betriebsmittelkosten.“

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- 100 Millionen Euro Agrardieselrückvergütung herausverhandelt
- Die Auszahlung wird um ein Jahr auf Dezember 2026 vorgezogen.
- Wir stärken damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bäuerinnen und Bauern und sichern die heimische Lebensmittelproduktion.

Die heimischen Bäuerinnen und Bauern stehen massiv unter Druck. Ein wesentlicher Grund dafür sind die explodierenden Betriebsmittelkosten bei Treibstoff und Dünger. Mit Ausbruch des Irankriegs sind die Preise erneut sprunghaft gestiegen. In den Budgetverhandlungen gelang eine wichtige Einigung zur Entlastung der heimischen Landwirtschaft: So sind im Doppelbudget für 2027/28 pro Jahr 50 Millionen Euro als Entlastung für unsere Bäuerinnen und Bauern vorgesehen. Die Auszahlungen wären jedoch erst im Dezember 2027 und Dezember 2028 erfolgt. Das hätte eine zweijährige Lücke seit der letzten Auszahlung im Dezember 2025 bedeutet.

Aufgrund der aktuell besonders herausfordernden Situation in der Landwirtschaft haben sich Bundeskanzler Christian Stocker und Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig dafür eingesetzt, dass die Auszahlungen jeweils um ein Jahr vorgezogen werden. Mit Erfolg: Die erste Rückvergütung wird nun bereits im Dezember 2026 ausbezahlt.

Das ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu unseren bäuerlichen Familienbetrieben. Mit dem Vorziehen der Auszahlung um ein Jahr wirken wir den aktuell hohen Preisen entgegen und stärken die Liquidität unserer Betriebe.

Diesel ist in der Landwirtschaft nach wie vor der wichtigste Treibstoff. Ein großer Teil der eingesetzten Maschinen kann aktuell nur mit Diesel betrieben werden. Alternative Lösungen sind in Entwicklung, aber bislang weder ausreichend verbreitet noch flächendeckend wirtschaftlich tragfähig.

## **Fortführung des Waldfonds und Gewässerökologie (Resilienzpaket)**

### **Budgetäre Auswirkung Doppelbudget 2027/ 2028: 91 Millionen Euro**

→ „Ziel ist, die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von Wäldern und Gewässern zu beschleunigen.“

#### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Der Waldfonds wäre mit Ende des Jahres 2026 ausgelaufen. Mit dem Resilienzpaket wurde er für die nächsten beiden Jahre im Gesamtvolumen von 54 Millionen Euro gesichert.
- Damit können seine Kernmaßnahmen fortgeführt werden.
- Bei der Gewässerökologie geht es in erster Linie um das Wiederherstellen von natürlichen Flussufern, meist in Verbindung mit einem ökologischen Hochwasserschutz.

Im Zuge der Budgetverhandlungen gelang die Einigung über ein Resilienzpaket in Höhe von 91 Millionen Euro zur Stärkung unserer Lebensgrundlagen. Das Resilienzpaket besteht einerseits aus dem Waldfonds und andererseits aus den Förderungen für die Verbesserung der Gewässerökologie. Die finanzierten Maßnahmen sollen klimawandelbedingte Schäden und Kosten verringern.

#### **KERNMASSNAHMEN DES WALDFONDS:**

- Wiederaufforstung und Pflegemaßnahmen nach Schadereignissen
- Regulierung der Baumartenzusammensetzung und Entwicklung klimafitter Wälder
- Waldbrandprävention
- Forschung zum Aufbau klimafitter Wälder
- Förderung der Biodiversität im Wald

Der zweite Bestandteil des Resilienzpakets dient der Verbesserung der Gewässerökologie, insbesondere an Fließgewässern. Dazu zählt in erster Linie das Wiederherstellen von natürlichen Flussufern, meist in Verbindung mit einem ökologischen Hochwasserschutz. Dafür steht ein Gesamtvolumen von 37 Millionen Euro zur Verfügung. Das Paket leistet einen Beitrag zur Finanzierung gesetzlicher Verpflichtungen, die sich insbesondere aus der Wasserrahmenrichtlinie der EU und der Wiederherstellungsverordnung ergeben.

## **Sanierungsoffensive wird fortgeführt**

### **Budgetäre Auswirkung: 2027 360 Millionen Euro | 2028 360 Millionen Euro**

→ „Die Sanierungsoffensive ist eine besonders wirksame Maßnahme zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und stärkt die regionale Wertschöpfung.“

### **DIE DREI WICHTIGSTEN PUNKTE DABEI SIND:**

- Die Sanierungsoffensive ist eine besonders wirksame Maßnahme zur Reduktion der Treibhausgasemissionen.
- Sie besteht aus der thermischen Sanierung von Gebäuden und dem Tausch von Öl- und Gasheizungen gegen erneuerbare Heizsysteme wie Wärmepumpen und Biomasseanlagen.
- Beim Heizkesseltausch bleibt das Ziel von 30.000 getauschten Heizkesseln pro Jahr aufrecht.

Im Zuge der Budgetverhandlungen ist es gelungen, dass der jährliche Rahmen in Höhe von 360 Millionen Euro erhalten bleibt. Dabei werden jährlich 179 Millionen für den Heizkesseltausch sowie 181 Millionen Euro für den Sanierungsbonus zur Verfügung gestellt. Bei der thermischen Sanierung wird die Förderung in Form eines Finanzierungszuschusses erfolgen. Die Details dazu werden aktuell noch verhandelt und danach wird die inhaltliche Ausgestaltung gemeinsam mit den betroffenen Stakeholdern vorbereitet.

Damit fördern wir den konsequenten Ausstieg aus fossilen Heizsystemen und verbessern die Energieeffizienz von Gebäuden. Gleichzeitig stärken wir die regionale Wertschöpfung und sichern Arbeitsplätze bei heimischen Bauunternehmen und Kesselherstellern. Außerdem reduzieren wir die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten. Ziel bleibt, dass mit jedem eingesetzten Steuereuro die höchstmögliche CO<sup>2</sup>-Einsparung gelingt.

Bereits 2026 wurde die Förderquote bei der Sanierungsoffensive deutlich von 75 % auf 30 % gesenkt. Die Nachfrage nach den Förderungen ist trotzdem anhaltend hoch geblieben, sodass weiteres Effizienzpotenzial gehoben werden kann.

### **Klima- und Energiemodellregionen sowie Klimawandelanpassungsregionen gesichert**

→ „Die Klima- und Energiemodellregionen sind ein Erfolgsmodell für unsere Regionen.“

### **DIE BEIDEN WICHTIGSTEN PUNKTE SIND:**

1. In Österreich sind die Klima- und Energiemodellregionen [KEM] sowie die Klimawandelanpassungsmodellregionen [KLAR!] die beiden zentralen Programme des Klima- und Energiefonds zur Umsetzung von regionalen Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen.
2. Das Erfolgsmodell, das die Zusammenarbeit von Gemeinden und Institutionen in Regionen unterstützt, konnte bei den Budgetverhandlungen gesichert werden.

# KRITISCHE PUNKTE

## in diesem Budget

### **Universitätsbudget**

- Bildung und Forschung sind zentrale Zukunftsbereiche für den österreichischen Standort.
- Das Universitätsbudget für die laufende Periode 2025–2027 wurde gegenüber der Vorperiode bereits um rund ein Drittel erhöht.
- Das Budget für die nächste Periode wird im Zuge der Leistungsvereinbarungen festgelegt.
- Die genannten 2,5 Milliarden Euro stellen eine Bedarfsschätzung der Universitäten dar.
- Evaluierungen sollen nicht nur in den Ressorts, sondern in allen öffentlichen Bereichen stattfinden. Im Rahmen der Hochschulstrategie 2040 soll daher gemeinsam an strukturellen Lösungen gearbeitet werden.

### **Anhebung der Alkoholsteuer um 30 %**

- Mit der Anhebung der Alkoholsteuer um 30 % sollen gesundheitspolitische Anreize gesetzt werden – es handelt sich dabei um eine Inflationsanpassung, wobei die letzte 2014 stattgefunden hat.
- Die Erhöhung betrifft ausschließlich hochprozentigen Alkohol.
- Bier und Wein bleiben unverändert.

### **Gewinnfreibetrag: Aussetzung der Wertpapierbegünstigung**

- Bei Gewinnen über 33.000 Euro muss der investitionsbedingte Gewinnfreibetrag durch Investitionen in begünstigte Wirtschaftsgüter gedeckt werden.
- Derzeit können dafür neben Anlagegütern auch besonders sichere Wertpapiere herangezogen werden.
- Diese Möglichkeit wird für drei Jahre [2027–2029] ausgesetzt.
- Ziel ist die stärkere Förderung realwirtschaftlicher Investitionen.

## **Sachbezug E-Autos**

- E-Dienstfahrzeuge sind derzeit vollständig vom Sachbezug befreit.
- Diese Regelung wurde 2016 als gezielte Anschubförderung für die Elektromobilität eingeführt.
- Ziel war es, die damals höheren Anschaffungskosten auszugleichen und die Markteinführung von E-Autos zu beschleunigen.
- Unternehmen sollten dadurch zum Umstieg auf Elektromobilität motiviert werden.
- Dieses Ziel wurde erreicht: Gab es 2016 rund 9.000 E-Autos in Österreich, sind es heute bereits mehr als 250.000.
- Das steuerliche Privileg wird nun schrittweise angepasst.
- Gleichzeitig bleiben die Anreize für Elektromobilität erhalten.
- Unternehmen profitieren weiterhin von steuerlichen Vorteilen wie dem Vorsteuerabzug und der NoVA-Befreiung.
- Der Sachbezug für E-Autos bleibt deutlich niedriger als jener für Verbrenner.
- Während der Sachbezug für Verbrenner weiterhin 2 % beträgt, liegt er für E-Autos bei 0,375 % im Jahr 2027 und 0,625 % im Jahr 2028.
- Damit bleiben klare Anreize für Elektromobilität bestehen.
- Staatliche Anschubförderungen sollten grundsätzlich zeitlich begrenzt sein.
- Wird ein Förderziel erreicht und eine Technologie marktreif, ist eine schrittweise Rückführung von Privilegien sachlich nachvollziehbar.

## **Bankenabgabe**

- Die temporäre Bankenabgabe wird um weitere drei Jahre verlängert und läuft anschließend aus.
- Im Anschluss wird die reguläre Stabilitätsabgabe um 30 % gesenkt.

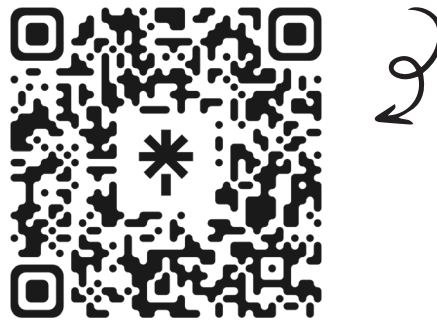
## **Progressive Körperschaftsteuer (KÖSt)**

- Die Anhebung der Körperschaftsteuer um einen Prozentpunkt auf 24 % betrifft ausschließlich Gewinne über 1 Million Euro.
- Die Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen bleibt weiterhin möglich.

## **Immobilien­ertragsteuer (ImmoESt)**

- Der Steuersatz der Immobilien­ertragsteuer bleibt unverändert bei 30 %.
- Geändert werden lediglich Sonderregelungen für sogenannte Altgrundstücke.
- Altgrundstücke sind Grundstücke, die vor dem 1. April 2002 angeschafft wurden.
- Für diese Grundstücke gilt derzeit eine vereinfachte Pauschalregelung.
- Dabei werden 86 % des Verkaufspreises pauschal als Anschaffungskosten anerkannt.
- Dadurch gelten lediglich 14 % des Verkaufspreises als steuerpflichtiger Gewinn.
- Auf diesen Gewinn werden 30 % Immobilien­ertragsteuer verrechnet.
- Die effektive Steuerbelastung beträgt dadurch derzeit 4,2 % des Verkaufspreises.
- Bei Grundstücken, die nach dem 31. März 2002 angeschafft wurden, beträgt die Steuerbelastung hingegen 30 % des tatsächlichen steuerpflichtigen Gewinns.
- Im Rahmen des Doppelbudgets 2027/2028 wird die Pauschale für Altgrundstücke von 86 % auf 80 % angepasst.
- Dadurch gelten künftig 20 % des Verkaufspreises als steuerpflichtiger Gewinn.
- Die effektive Steuerbelastung steigt dadurch von 4,2 % auf 6 % des Verkaufspreises.
- Es handelt sich um eine Anpassung sehr alter Sonderbegünstigungen, deren Grundlagen aus einer Zeit deutlich niedrigerer Immobilienpreise stammen.
- Der Steuersatz von 30 % wird nicht erhöht.
- Altgrundstücke bleiben weiterhin steuerlich begünstigt.
- Die vereinfachte Pauschalierung bleibt bestehen.
- Eine aufwendige Neubewertung von Grundstücken ist nicht erforderlich.
- Die Anpassung reduziert historische Sondervorteile.
- Eigentümer von Altgrundstücken bleiben weiterhin bessergestellt als Eigentümer neuer Grundstücke.

Jetzt scannen und auf dem Laufenden bleiben.



<https://linktr.ee/dievolkspartei.at>